

in der Wetterau

Bis zum Jahr 2017 werden 2780 Wohnungen fehlen!

Im Wetteraukreis fehlen Mietwohnungen. Das stellte das Prestel-Institut aus Hannover in einer Studie fest. Besonders Sozialwohnungen müssen gebaut werden. Sonst wird das Wohnen für viele Menschen in den nächsten Jahren unbezahlbar.

Im Juni 2012 wurde diese Studie veröffentlicht. Dort ist zu lesen: Es wurden viel zu wenig Mietwohnungen gebaut. Der Wohnungsbestand wächst jährlich nur um 0,7 Prozent.

Die Hälfte der Mietwohnungen im Wetteraukreis sind schon vor 1970 gebaut worden. Diese Wohnungen müssten dringend modernisiert werden.

Fortsetzung auf Seite 4

Teil 2: Wie das Jobcenter Menschen schikaniert

Lesen Sie auf Seite 3, welche Erfahrungen Menschen mit dem Jobcenter machen.

Leichte Sprache

DIE LINKE. beantragte im Kreistag, die Umstellung des Schriftverkehrs auf „Leichte Sprache“. Das ermöglicht Menschen mit

Fortsetzung auf Seite 2

Vergiftetes Angebot

Das Land Hessen bietet dem Wetteraukreis an, einen Teil der Schulden zu übernehmen. Was will es als Gegenleistung?

Lesen Sie Seite 5

Fair wohnen

DIE LINKE. gründete eine Wohnungsbaugenossenschaft, um Privatisierungen zu verhindern.

Lesen Sie Seite 5

Keine Rückzahlung der Mietkaution aus der Regelleistung

Verlangt das Jobcenter von Ihnen die Rückzahlung eines Darlehens für die Mietkaution? Dann sollten Sie Ihre Einverständniserklärung sofort zurückziehen. Diese Vorgehensweise wurde vom Bundessozialgericht im März 2012 als unzulässig erklärt. Wir informieren Sie, was Sie tun können: info@die-linke-wetterau.de

Leichte Sprache

sprachlichen Barrieren einen leichteren Umgang mit den Behörden.

„Leichte Sprache“ ist ein feststehender Begriff, der eine besonders leicht verständliche Ausdrucksweise bezeichnet. Leichte Sprache soll komplexe Zusammenhänge einfach und verständlich darstellen. Einfache, klare Sätze und ein übersichtliches Schriftbild

zeichnen die Leichte Sprache aus. Das erleichtert nicht nur Menschen mit Behinderung oder mit Sprachproblemen den Kontakt zu Behörden. Leichte Texte kann jeder besser verstehen als das übliche Amtsddeutsch.

Die Umstellung auf Leichte Sprache ist nicht ganz einfach: Es muss Rechtssicherheit gewährt werden und die Mitarbeiter/innen brauchen Weiterbildungen. Doch gibt es schon Regelwerke und Leitfäden. So wäre eine Umstellung im Wetteraukreis auch nicht allzu teuer.

Besuch beim Jobcenter Wetterau



DIE LINKE. Kreistagsfraktion besuchte am 16. Mai 2012 das Jobcenter in Friedberg. Gabi Faulhaber und Rudi Kreich wurden von drei Betroffenen begleitet, die selbst Erfahrungen mit dem Jobcenter haben. Die Abordnung wurde vom Leiter des Jobcenters, Herrn Wiedemann, empfangen. Ebenso war die Leiterin des Jobcenters Büdingen anwesend.

Zuvor hatte *DIE LINKE.* mehr als 20 Menschen interviewt, die Leistungen vom Jobcenter erhalten. Dabei wurden Mängel

sichtbar, die bei diesem Treffen zur Sprache kamen.

Besonders beklagten die Betroffenen das Misstrauen, das den Hilfesuchenden entgegenschlägt. Die Sachbearbeiter/innen wechseln häufig und es kann kein Vertrauensverhältnis aufgebaut werden. Oft verschwinden Unterlagen und deshalb muss alles mit Zeugen oder per Einschreiben abgegeben werden. Auch die Erreichbarkeit der Sachbearbeiter/innen lässt sehr zu wünschen übrig.

Kita-Plätze statt Betreuungsgeld

Die Bundesregierung hat zum 1. August 2013 für jedes Kind unter drei Jahren (U3) einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz beschlossen. Nun müssen die Kommunen für 35% der Kinder Betreuungsplätze schaffen. Doch Fachleute rechnen damit, dass für 60% der Kinder ein Platz vorhanden sein müsste, um den Rechtsanspruch zu erfüllen.

Viele Nachteile

Weil die Kita-Plätze nicht ausreichen werden, kam die Bundesregierung auf die Idee mit dem Betreuungsgeld. Jede Familie, die ihre Kinder nicht in eine Kindereinrichtung schickt, soll mit 150 Euro monatlich belohnt werden. Für Familien ist das viel Geld.

Doch leider hat das Betreuungsgeld viele Nachteile:

- Familien, die auf Hartz IV angewiesen sind, bekommen es nicht: Das Betreuungsgeld wird in vol-



ler Höhe von ihrer Grundversicherung abgezogen.

- Viele Eltern können ihre Kinder zuhause nicht so fördern, wie sie es gerne möchten. Diese Kinder haben in der Schule weniger Chancen.

- Ein uraltes Familienbild wird beibehalten: die Mutter verzichtet auf Erwerbsarbeit und damit auf soziale Absicherung. Nach der Erziehungszeit schaffen viele Frauen den Einstieg in den alten Beruf nicht mehr und müssen sich mit schlechten Jobs zufriedengeben. Ihre Altersrente fällt entsprechend mager aus.

- Die Kommunen müssen nicht mehr für bedarfsdeckende Kindereinrichtungen sorgen.

Nassauische Heimstätte wird nicht verkauft!

Mehr als 16 000 Unterschriften machten Druck auf die Hessische Landesregierung. Die 60 000 Wohnungen der Nassauischen Heimstätte bleiben im Besitz des Landes Hessen. Damit sind die sozialen Belange der Bewohner/innen erst mal gesichert. Widerstand lohnt sich doch!

Familie Sogamanian kommt zurück!

Die aktiven Unterstützer/innen der ausgewiesenen Familie Sogamanian haben es geschafft: die Familie kann zurück kommen.

Nach 14 Jahren in Deutschland waren im Dezember 2011 die Mutter und zwei erwachsene Söhne ausgewiesen worden. Der herzkranke Vater blieb allein zurück. Der breite und ideenreiche Protest und der Einsatz vieler Menschen führten nun zum Erfolg. Gut, wenn man solche engagierte Freunde hat!

Alltag im Nervenkrieg

Teil 2: Bereits im Februar berichtete *DIE LINKE*. wie das Jobcenter Hartz IV Betroffene schikaniert. Gabi Faulhaber, Kreistagsabgeordnete der Linken, sprach mit Betroffenen.

Die befragten Frauen sorgen sich am meisten um die Kinder. Eine Mutter beklagt: „Meine kleine Tochter wird bald aus der Kita geworfen, weil keine Beiträge gezahlt werden. Meiner großen Tochter fehlt es im ersten Schuljahr an allem. Ich kann viele Schul Sachen nicht kaufen.“

Kinder stehen am Rand

Kinder armer Familien geraten in der Schule oft ins Abseits: sie haben keine schicken Klamotten oder Sportkleidung. Die Schul sachen sind oft unvollständig. Die Familien sind froh, wenn sie das Nötigste kaufen können. Die Erstausrüstung für die Schule wird vom Jobcenter oft nicht gezahlt. Klassenfahrten müssten eigentlich in voller Höhe übernommen werden, doch häufig wird nur ein Teil der Kosten bewilligt. Über Bildungsgutscheine

aus dem Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung wird in der Beratung nicht aufgeklärt. Die betroffenen Familien haben keinen Brief und auch keine Informationsbroschüre vom Jobcenter erhalten. Wohin sie sich wenden sollen, ist unklar. Eine Mutter sagt: „Die Kinder haben Interesse an Musik oder einer Vereinsmitgliedschaft. Doch selbst wenn das Geld für den Verein bewilligt wird: ein Instrument oder ein Sportgerät gehören nicht dazu. Das Geld dafür müssten wir selbst aufbringen. Das können wir uns nicht leisten“

Schlechte Noten für das Jobcenter

Das Jobcenter Wetterau wurde im Internet von 77 Personen bewertet. Es wurde die Gesamtnote 4,6 vergeben (www.sozial-und-stark.de/arge_Friedberg/Wetteraukreis/). Die Berichte unserer Interview-Partner/innen und die Kommentare im Internet sind sehr ähnlich. Häufigste Kritik: Es wird mangelhaft beraten und berechnete Leistungen werden nicht immer gewährt.

Sie erhalten auf Wunsch eine Zusammenfassung der Interviews. Adresse auf Seite 8.

Wenn das Nötigste fehlt
Die Sachbearbeiter/innen ermahnen die Betroffenen immer wieder, etwas zu sparen. Doch wie soll man von 374 Euro Hartz IV was sparen? Haben Sie schon mal versucht, mit weniger als 400 Euro im Monat über die Runden zu kommen? Bei einer Familie war die Waschmaschine kaputt gegangen. Das Jobcenter gibt zu einer neuen Waschmaschine nichts dazu. Es wird lediglich ein Darlehen gewährt, das von der Grundversicherung in Raten abgestottet werden muss. Drei Monate verkniff sich die Familie wirklich alles und verschob wichtige Dinge für die Kinder auf später. Dann hatte sie das Geld zusammen, um bei einem Billiganbieter eine Waschmaschine kaufen zu können.

Alltag im Nervenkrieg

Teil 2: Bereits im Februar berichtete *DIE LINKE*, wie das Jobcenter Hartz IV Betroffene schikaniert. Gabi Faulhaber, Kreistagsabgeordnete der Linken, sprach mit Betroffenen.

Die befragten Frauen sorgen sich am meisten um die Kinder. Eine Mutter beklagt: „Meine kleine Tochter wird bald aus der Kita geworfen, weil keine Beiträge gezahlt werden. Meiner großen Tochter fehlt es im ersten Schuljahr an allem. Ich kann viele Schul Sachen nicht kaufen.“

Kinder stehen am Rand

Kinder armer Familien geraten in der Schule oft ins Abseits: sie haben keine schicken Klamotten oder Sportkleidung. Die Schul sachen sind oft unvollständig. Die Familien sind froh, wenn sie das Nötigste kaufen können. Die Erstausrüstung für die Schule wird vom Jobcenter oft nicht gezahlt. Klassenfahrten müssten eigentlich in voller Höhe übernommen werden, doch häufig wird nur ein Teil der Kosten bewilligt. Über Bildungsgutscheine

aus dem Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung wird in der Beratung nicht aufgeklärt. Die betroffenen Familien haben keinen Brief und auch keine Informationsbroschüre vom Jobcenter erhalten. Wohin sie sich wenden sollen, ist unklar. Eine Mutter sagt: „Die Kinder haben Interesse an Musik oder einer Vereinsmitgliedschaft. Doch selbst wenn das Geld für den Verein bewilligt wird: ein Instrument oder ein Sportgerät gehören nicht dazu. Das Geld dafür müssten wir selbst aufbringen. Das können wir uns nicht leisten“

Wenn das Nötigste fehlt
Die Sachbearbeiter/innen ermahnen die Betroffenen immer wieder, etwas zu sparen. Doch wie soll man von 374 Euro Hartz IV was sparen? Haben Sie schon mal versucht, mit weniger als 400 Euro im Monat über die Runden zu kommen? Bei einer Familie war die Waschmaschine kaputt gegangen. Das Jobcenter gibt zu einer neuen Waschmaschine nichts dazu. Es wird lediglich ein Darlehen gewährt, das von der Grundversicherung in Raten abgestottet werden muss. Drei Monate verkniff sich die Familie wirklich alles und verschob wichtige Dinge für die Kinder auf später. Dann hatte sie das Geld zusammen, um bei einem Billiganbieter eine Waschmaschine kaufen zu können.

Schlechte Noten für das Jobcenter

Das Jobcenter Wetterau wurde im Internet von 77 Personen bewertet. Es wurde die Gesamtnote 4,6 vergeben (www.sozial-und-stark.de/large_Friedberg/Wetteraukreis). Die Berichte unserer Interview-Partner/innen und die Kommentare im Internet sind sehr ähnlich. Häufigste Kritik: Es wird mangelhaft beraten und berechnete Leistungen werden nicht immer gewährt.

Sie erhalten auf Wunsch eine Zusammenfassung der Interviews. Adresse auf Seite 8.

... 2780 Wohnungen fehlen!

Heizanlagen sind veraltet, es gibt keine Wärmedämmung und die Sanitär-ausstattung entspricht nicht mehr dem heutigen Standard.

Bezahlbare Wohnungen fehlen

Wer öfter im Anzeigenteil der Zeitungen blättert weiß, dass nur wenige preiswerte Wohnungen angeboten werden. Besonders einkommens-

schwache Menschen geraten unter Druck, wenn sie keine billige Wohnung finden. Warum?

Mietobergrenzen sind Unsinn!

Der Wetteraukreis hat im letzten Jahr Mietobergrenzen festgelegt, obwohl zu wenig Wohnraum im unteren Preissegment vorhanden ist. Menschen, die Hartz IV beziehen oder ihren Niedriglohn beim

Jobcenter aufstocken müssen, bekommen die Miete nur bis zu einer festgelegten Obergrenze bezahlt. Den Rest müssen sie selbst aus der mageren Grundsicherung drauflegen. Und noch mehr: Bei einem Umzug gibt das Jobcenter kein Darlehen für die Kautions, wenn die Miete über der festgesetzten Mietobergrenze liegt. Wohnraumverknappung und Mietobergrenzen passen nicht zusammen!



Während in der Wetterau bezahlbarer Wohnraum Mangelware ist, wurden in Butzbach Wohnblocks abgerissen. Die Häuser der ehemaligen amerikanischen Wohnsiedlung waren in einem guten Zustand. Doch statt sie zu vermieten, kamen die Bagger. Nun sollen 150 Wohnungen im gehobenen Preissegment neu entstehen.

Fair wohnen

Die staatliche Wohnungsgesellschaft *TLG Wohnen - GmbH* will 11500 Wohnungen im Osten Deutschlands verkaufen. Um zu verhindern, dass ein aggressiver Finanzinvestor die Mieten hochtreibt, gründeten im April Politiker/innen der Linken eine Genossenschaft. Diese bot im Verkaufsverfahren mit. Doch die Entscheidung ist nun gegen die Genossenschaft und die Mieter gefallen. Das Bundesfinanzministerium bevorzugte Finanzinvestoren, die mit Immobilien spekulieren. Die Wohnungen kosten 500 Millionen Euro. Die Finanzinvestoren müssen sich so viel Geld von den Banken leihen und sie erwarten einen satten Gewinn. Das wird dann auf die Mieten umgelegt und weniger zahlungskräftige Mieter/innen werden vertrieben .

Vergiftetes Angebot

Einen wirklichen Rettungsschirm hätte der Wetteraukreis bitter nötig. Die Schulden belaufen sich auf mehr als 250 Millionen Euro. Aber was hilft es, wenn das Land etwas mehr als 40% der Schulden übernimmt? Wie soll der Wetteraukreis die restlichen 160 Millionen Schulden abbauen? Warum ist es dem Wetteraukreis eigentlich nicht gelungen seine Finanzen zu sanieren?

Wurde das Geld unverantwortlich zum Fenster raus geworfen?

Nein - die Ursachen sind auf der Einnahmenseite zu suchen! Denn mit der jetzigen Finanzausstattung kann überhaupt keine Konsolidierung des Haushalts erreicht werden. Das wissen alle Kreistagsabgeordneten sehr genau. Doch sie wollen ihre Parteien in Berlin und Wiesbaden nicht kritisieren. SPD, Grüne, CDU und FDP haben in den letzten Jahren im Bund für Steuersenkun-

gen in Milliardenhöhe gesorgt. Sie haben eine Finanzmisere verursacht, indem sie Spitzensteuersätze, Körperschaftssteuern und Vermögenssteuern gesenkt oder nicht erhoben haben.

Kaputtsparen ?

Nun gibt es den Rettungsschirm nicht ohne Gegenleistung: es muss massiv gekürzt werden. Personal muss abgebaut werden, Leistungen werden gestrichen und Gebühren erhöht. Die soziale Ungerechtigkeit wird sich weiter vertiefen.

Es ist Geld da

Eine viel bessere Hilfe wäre, wenn die Landesregierung die Kürzungen des Kommunalen Finanzausgleichs von 344 Millionen Euro jährlich wieder zurücknehmen würde. Damit wurden Einnahmeausfälle selbst geschaffen. Und von denen wird nun mit einem Rettungsschirm abgelenkt, der weder Schutz noch Schirm ist.

Kita-Plätze statt Betreuungsgeld

Die Bundesregierung hat zum 1. August 2013 für jedes Kind unter drei Jahren (U3) einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz beschlossen. Nun müssen die Kommunen für 35% der Kinder Betreuungsplätze schaffen. Doch Fachleute rechnen damit, dass für 60% der Kinder ein Platz vorhanden sein müsste, um den Rechtsanspruch zu erfüllen.

Viele Nachteile

Weil die Kita-Plätze nicht ausreichen werden, kam die Bundesregierung auf die Idee mit dem Betreuungsgeld. Jede Familie, die ihre Kinder nicht in eine Kindereinrichtung schickt, soll mit 150 Euro monatlich belohnt werden. Für Familien ist das viel Geld.

Doch leider hat das Betreuungsgeld viele Nachteile:

- Familien, die auf Hartz IV angewiesen sind, bekommen es nicht: Das Betreuungsgeld wird in vol-



ler Höhe von ihrer Grundversicherung abgezogen.

- Viele Eltern können ihre Kinder zuhause nicht so fördern, wie sie es gerne möchten. Diese Kinder haben in der Schule weniger Chancen.

- Ein uraltes Familienbild wird beibehalten: die Mutter verzichtet auf Erwerbsarbeit und damit auf soziale Absicherung. Nach der Erziehungszeit schaffen viele Frauen den Einstieg in den alten Beruf nicht mehr und müssen sich mit schlechten Jobs zufriedengeben. Ihre Altersrente fällt entsprechend mager aus.

- Die Kommunen müssen nicht mehr für bedarfsdeckende Kindereinrichtungen sorgen.

Nassauische Heimstätte wird nicht verkauft!

Mehr als 16 000 Unterschriften machten Druck auf die Hessische Landesregierung. Die 60 000 Wohnungen der Nassauischen Heimstätte bleiben im Besitz des Landes Hessen.

Damit sind die sozialen Belange der Bewohner/innen erst mal gesichert.

Widerstand lohnt sich doch!

Familie Sogamanian kommt zurück!

Die aktiven Unterstützer/innen der ausgewiesenen Familie Sogamanian haben es geschafft: die Familie kann zurück kommen.

Nach 14 Jahren in Deutschland waren im Dezember 2011 die Mutter und zwei erwachsene Söhne ausgewiesen worden. Der herzkranke Vater blieb allein zurück. Der breite und ideenreiche Protest und der Einsatz vieler Menschen führten nun zum Erfolg. Gut, wenn man solche engagierte Freunde hat!

DIE LINKE. will in der Region investieren

Die OVAG wird sich an einem Gas- und Dampfkraftwerksprojekt in Bremen beteiligen. Dies beschloss im Juli die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Oberhessen (ZOV). CDU, SPD, FWG, FDP und die Mehrheit der Grünen stimmten dieser Beteiligung zu.

Dietmar Schnell (Vertreter der Linken im ZOV) und der Wetterauer Kreistagsabgeordnete Rudi Kreich kritisierten: „Die Entscheidung, in die Stromproduktion einzusteigen ist zwar richtig. Auch eine Investition in ein Gas- und Dampfkraftwerk ist als notwendige - aber zeitlich begrenzte - Ergänzung zu den erneuerbaren Energien im Kern nicht zu kritisieren. Es ist aber der völlig falsche Weg, das Geld der OVAG Kunden nach Bremen zu tragen.“

Der Gegenvorschlag der Linken, ein Blockheizkraftwerk oder ein kleineres

Gas- und Dampfkraftwerk in der Region zu errichten, bekam nur die Unterstützung eines Grünenabgeordneten. Das ist erstaunlich, denn in den Koalitionsvereinbarungen von SPD, Grünen und FDP im Wetteraukreis wurde festgeschrieben: „regionale Investitionen haben eindeutig Vorrang“. In Bremen werden 21,5 Millionen Euro investiert. Mit dieser Summe hätten

zahlreiche Arbeitsplätze in unserer Region gesichert und einige neue geschaffen werden können. Das hätte Handwerk und Kleinbetriebe gestärkt und Steuereinnahmen in die Region gespült, die nun in das Großprojekt nach Bremen wandern.

Eine kleine regionale Lösung wäre ökologisch wie ökonomisch der sinnvollere Weg gewesen.

Kein Geld für Frauenprojekte und Jugendsport

DIE LINKE. beantragte im Kreistag, den jährlichen Zuschuss für die „Wirtschaftsförderung Wetterau GmbH“ um die Hälfte zu senken. 25 000 Euro wären damit frei geworden. *DIE LINKE.* wollte, dass dieses Geld den Fraueneinrichtungen und dem Jugendsport zugeführt wird. In diesen Bereichen hatte der Kreistag Haushaltskürzungen vorgenommen. Doch unser Antrag wurde von den anderen Parteien abgelehnt. Außerdem widersprach

DIE LINKE. dem neuen Gesellschaftervertrag der „Wirtschaftsförderung Wetterau GmbH“. Der Kreistag hat keinen Einfluss auf die Verwendung der Mittel. Fünf Gesellschafter (Wetteraukreis, Sparkasse, Volksbank, IHK und OVAG) zahlen jährlich insgesamt 250 000 Euro. Was geschieht mit diesem Geld?

Während im sozialen Bereich überall die Leistungen zurückgefahren werden, verdoppelte sich hier die jährliche Einlage der Gesellschafter.

Sprechstunden der Kreistagsfraktion



Gabi Faulhaber und Rudi Kreich sind für *DIE LINKE*. im Kreistag.



Im Roten Laden, Friedberg, Usagasse 23 (Foto) findet jeden Montag von 14 bis 16 Uhr und jeden Donnerstag von 16 bis 18 Uhr die Sprechstunde der Fraktion statt. Kommen Sie doch mal vorbei!



Nidda leistet sich einen Klimaschutz- beauftragten

Ohne die Beratungen in den Ausschüssen abzuwarten, schrieb der Magistrat die Stelle eines Klimaschutzbeauftragten aus. „Die Stellenbeschreibung hätte in den Ausschüssen erst besprochen werden müssen,“ kritisierte der Linke Stadtverordnete Karl-Heinz Haas. Dass Nidda etwas für den Klimaschutz tun will, findet er gut. Doch gibt er zu bedenken: „Eigentlich kann sich Nidda alleine finanziell keinen Umwelt- und Klimaschutz leisten.“ Deshalb möchte er die Kosten für den Klimaschutz mit mehreren umliegenden Gemeinden teilen. Die Stadt Nidda sollte mit den Nachbargemeinden über ein gemeinsames Klimakonzept sprechen. „Im Klimaschutz müssten Bund und Land die Kosten im Wesentlichen tragen“, findet Haas, „denn die Kommunen haben kaum noch finanziellen Spielraum.“

So erreichen Sie **DIE LINKE.**
Fraktion im Kreistag der Wetterau, ViSdP.: Gabi Faulhaber, Karben, Tel.: 06039 7912, www.die-linke-wetterau.de, info@die-linke-wetterau.de
Ich möchte weitere Informationen über *DIE LINKE*.
Mich interessiert besonders das Thema:

Ich möchte Mitglied der Partei *DIE LINKE*. werden.
Name: _____
Geburtsdatum: _____
Beruf: _____
Anschrift: _____
Telefon: _____
e-mail: _____